

A n t r a g

der Fraktion der AfD

5G-Ausbau in Rheinland-Pfalz vorantreiben – Status quo der Mobilfunkinfrastruktur ermitteln

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- eine umfassende Ermittlung der bestehenden Mobilfunkinfrastruktur in Rheinland-Pfalz in Auftrag zu geben;
- ein Konzept für ein landeseigenes Förderprogramm zur Unterstützung des Mobilfunkausbaus zu entwickeln, durch das den Kommunen die erforderliche finanzielle und personelle Unterstützung zuteil wird;
- sich für einen möglichst schnellen und flächendeckenden Ausbau der Glasfaser-Mobilfunkinfrastruktur einzusetzen.

Begründung:

5G ist die Technologie der Zukunft. Sie bietet zahlreiche neue Perspektiven für Industrie und Wirtschaft, indem sie durch die Vernetzung von Gegenständen und Daten das „Internet der Dinge“ schafft. 5G ermöglicht dadurch voll automatisierte Produktionsprozesse, autonomes Fahren oder selbstständig arbeitende landwirtschaftliche Systeme. 5G ist also weit mehr als nur ein Telefonsignal. Es ist für den Industriestandort Deutschland unerlässlich. Darüber hinaus bietet 5G auch für Privatanutzer zahlreiche neue Möglichkeiten wie das „smart home“, also das vollständig vernetzte Zuhause, welches Erleichterungen in vielen Lebensbereichen mit sich bringt. Darüber hinaus könnte die Einführung des neuen Mobilfunkstandards 5G auch neue Chancen für den Breitbandausbau eröffnen. Durch einen Fixed Wireless Access (FWA) werden Kabel durch eine Funkübertragung (26 GHz) ersetzt, was Übertragungsgeschwindigkeiten von bis zu 4 Gbit/s ermöglicht. Realisiert werden kann dies durch einen FWA-Empfänger, der an praktisch jeden DSL-Router gesteckt werden kann. Ein flächendeckendes 5G-Netz könnte also eine wichtige Alternative zu einem flächendeckenden FTTB/FTTH-Ausbau sein.

Nachdem die Versteigerung der 5G-Frequenzen begonnen hat, muss die Landesregierung die Mobilfunkanbieter zu einer zügigen Umsetzung der Ausbaupflichtungen anhalten. Die Landesregierung muss insbesondere darauf achten, dass Rheinland-Pfalz beim geplanten Ausbau nicht gegenüber anderen Bundesländern benachteiligt wird.

Rheinland-Pfalz hat ein berechtigtes Interesse, sowohl beim Aufbau der 5G-Basisstationen als auch bei der Schließung der sogenannten „weißen Flecken“ in angemessener Art und Weise berücksichtigt zu werden. Darüber hinaus steht die Landesregierung in der Pflicht, auch in Zukunft für einen möglichst reibungslosen Ausbau des 5G-Netzes zu sorgen und die dafür notwendigen Voraussetzungen zu schaffen.

Ministerpräsidentin Maria Luise Anna Dreyer (SPD) hat sich im Rahmen des Runden Tisches „Mobilfunk“ für eine möglichst flächendeckende 5G-Versorgung ausgesprochen. Der schnelle Mobilfunkstandard sei die mobile Zukunft des Internets. Auch Wirtschaftsminister Volker Wissing (FDP) betonte, mobiles Internet spiele eine „unerlässliche Rolle für die Menschen und die Unternehmen in unserem Land“. Außerdem forderte die rheinland-pfälzische SPD-Fraktion, eine von fünf bundesweit geplanten Modellregionen solle in Rheinland-Pfalz eingerichtet werden.

b. w.

Allerdings ist der Aufbau eines 5G-fähigen Mobilfunknetzes nicht ohne eine vorhandene Glasfaserinfrastruktur möglich. Diese Auffassung vertritt auch die Landesregierung, wie sie in der Antwort auf eine Große Anfrage der AfD-Fraktion (Drucksache 17/7730) mitteilt. Dort heißt es: „Nach Auffassung der Landesregierung ist das Betreiben eines 5G-Mobilfunknetzes ohne weitreichende Glasfaseranbindung der Mobilfunkstationen nicht sinnvoll, da anderenfalls die technischen Vorteile von 5G gegenüber den bisher verbreiteten Mobilfunkstandards nicht ausreichend zum Tragen kämen.“ Im Oktober 2018 konnte die Landesregierung noch „keine Prognose über ein flächendeckendes 5G-Netz in Rheinland-Pfalz abgeben“ (Drucksache 17/7593). Darüber hinaus konnte die Landesregierung zu diesem Zeitpunkt weder die Anzahl der in Rheinland-Pfalz vorhandenen Mobilfunkbasisstationen noch die Anzahl der Basisstationen, die über einen Glasfaseranschluss verfügen (Drucksache 17/7593).

Die Anstrengungen und Kenntnisse der Landesregierung hinsichtlich der Einführung der 5G-Technologie sind mangelhaft. Ein nachhaltiger 5G-Ausbau ist aber nur dann gewährleistet, wenn der Status quo lückenlos ermittelt wird. Deshalb ist es unerlässlich, dass die Landesregierung eine Erfassung des gesamten Mobilfunknetzes und der dazugehörigen Infrastruktur durchführt. Entscheidungsgrundlage darf kein blinder Aktionismus sein, der sich aus dem Bewusstsein speist, die Entwicklung der letzten Jahrzehnte verschlafen zu haben, sondern einzig und allein ermittelte Fakten. Dabei ist ein besonderes Augenmerk auf die bereits vorhandene Glasfaserinfrastruktur zu legen, um mögliche Standorte für eine 5G-Modellregion in den Blick zu nehmen. Ohne 5G-fähige Infrastruktur ist eine 5G-Modellregion nämlich nicht möglich. Es ist daher zu erfassen, wo bereits potenziell 5G-fähige Mobilfunkbasisstationen mit einem Glasfaseranschluss vorhanden sind und wo innerhalb der nächsten drei Jahre entsprechende 5G-fähige Basisstationen entstehen sollen.

Darüber hinaus muss die Landesregierung einen Plan für den flächendeckenden Ausbau der 5G-Infrastruktur entwickeln.

Da die versteigerten Frequenzen eine geringere Reichweite haben als die bisher genutzten LTE-Frequenzen, ist davon auszugehen, dass es im Falle eines flächendeckenden 5G-Ausbaus auch zu einer massiven Standortverdichtung von Sendemasten und Mobilfunkbasisstationen kommen muss. Die Landesregierung steht in der Pflicht, diesen kostenintensiven Ausbau durch ein landeseigenes Förderprogramm zu unterstützen. Dazu müssen zum einen die bereits vorhandenen Basisstationen an das Glasfasernetz angeschlossen werden, zum anderen muss geprüft werden, wie viele neue Basisstationen und Mobilfunkmasten für eine flächendeckende 5G-Versorgung notwendig sein werden. Die Landesregierung ist gefordert, gemeinsam mit den Mobilfunkanbietern einen Ausbauplan zu entwickeln und öffentlich zugänglich zu machen, damit Bürger und Unternehmen wissen, wann der neue Mobilfunkstandard in ihrer Region verfügbar sein wird. Insbesondere Industrieunternehmen werden in Zukunft auf die neue Technologie angewiesen sein. So setzt der Chemiekonzern BASF auf den Aufbau eines eigenen 5G-Netzes zur Koordinierung automatisierter Prozesse. Wenn Rheinland-Pfalz in Zukunft ein attraktiver Industriestandort sein möchte, muss die Landesregierung dafür sorgen, dass die 5G-Technologie den Unternehmen zur Verfügung steht. Kleine und mittelständische Betriebe werden nicht in der Lage sein, ein eigenes 5G-Netz aufzubauen.

Für die Fraktion:
Dr. Jan Bollinger